



## Medienmitteilung

Zürich, 9. April 2021

### **Vorschau auf die Kantonsratssitzung vom Montag, 12. April 2021**

Fokusthema: **Volkswirtschaft**

#### **Schlussabstimmungen zu Forensischem Institut und Änderungen im Strassengesetz**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen zwei Geschäfte voraussichtlich abschliessend beraten: die Vereinbarung zwischen dem Kanton und der Stadt Zürich über die Errichtung und den Betrieb des Forensischen Instituts Zürich (FOR) und die damit zusammenhängenden Änderungen in den kantonalen Gesetzen ([5621](#)) sowie eine Änderung im Strassengesetz ([KR-Nr. 11/2014](#)). In der zweiten Lesung geht es gewöhnlich nur noch um formale Anpassungen der Redaktionskommission (REDKO), sodass – wenn keine materiellen Änderungen an den Vorlagen mehr vorgenommen werden – die Schlussabstimmungen durchgeführt werden können. Keine lange Diskussion dürfte es zur FOR-Vorlage geben. Dieser wurde in der ersten Lesung ohne Gegenstimme zugestimmt, und die REDKO hat keine Änderungen mehr vorgenommen. Zu reden geben dürfte indes die Änderung des kantonalen Strassengesetzes. Mit ihr soll eine bundesrechtskonforme Regelung von Strassenfestsetzungsbeschlüssen in Fällen, in denen eine Enteignung nötig ist, erreicht werden. Die auf eine parlamentarische Initiative von GLP-Kantonsrat Andreas Hasler basierende Änderung war in der ersten Lesung vom Kantonsrat gutgeheissen worden. Im Herbst 2019 wies der Rat die Initiative in der zweiten Lesung jedoch mit 123 zu 52 Stimmen bei einer Enthaltung zur Präzisierung an die Redaktionskommission zurück. Es sei unklar, welche Strassenbauprojekte von der neuen Regelung betroffen wären, und die Gemeinden seien dazu nicht vorgängig angehört worden, wurde moniert. Die REDKO leitete die Vorlage in der Folge an die zuständige Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) zur Klärung weiter. Die KEVU hat die Gemeinden inzwischen angehört und ist dabei zum Schluss gekommen, dass das Gesetz nicht weiter präzisiert werden muss. In einem Kreisschreiben an die Gemeinden sollen diese aber über die Anforderungen und Kriterien für die Notwendigkeit einer Genehmigung durch den Kanton informiert werden.

REDKO-Präsidentin: Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), 076 488 28 55

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

#### **Anwohner- und landschaftsverträgliche Linienführung für den Brüttenertunnel**

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon) betreffend eine anwohner- und landschaftsverträgliche Linienführung für die SBB-Linie zum Brüttenertunnel im Glatttal als erledigt abzuschreiben ([5657](#)). Der Regierungsrat wurde mit dem Postulat aufgefordert, in einem Bericht darzulegen, dass und wie er sich mittels Tieflegung für eine anwohner- und landschaftsverträgliche Linienführung der SBB beim Brüttenertunnel im Glatttal einsetzt. Mit dem Projekt «Brüttenertunnel» ist das Postulatsanliegen erfüllt. Das Bundesamt für Verkehr hat die SBB im Juli 2020 mit der Erarbeitung des Bauprojekts beauftragt.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

#### **Rahmenbedingungen für Start-Ups und Staatsbeitrag für Zürich Tourismus**

Sind die Rahmenbedingungen für Start-Ups im Kanton Zürich gut genug? Der Regierungsrat meint Ja. Er beantragt dem Kantonsrat, ein Postulat von GLP-Kantonsrat Michael Zeugin als erledigt abzuschreiben, mit dem gefordert wurde, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass sich der Kanton Zürich als internationales Start-Up-Zentrum etablieren kann ([5575](#)). Zu

einem anderen Schluss ist die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) gekommen. Sie verweist auf den internationalen Indikator der Weltbank, gemäss welchem die Schweiz bei den Start-up-Rahmenbedingungen nur Platz 81 belegt. Die WAK beantragt dem Kantonsrat deshalb, einen Ergänzungsbericht zu verlangen. Darin soll der Regierungsrat innert Frist von sechs Monaten konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen aufzeigen, statt den Status quo im interkantonalen Vergleich zu analysieren. Weiter beantragt die WAK dem Kantonsrat einstimmig, für die Jahre 2020–2022 eine Subvention von 4,8 Millionen Franken für die Wiederbelebung des unter der Corona-Krise leidenden Zürcher Tourismus zu bewilligen ([5664](#)). Sie folgt damit dem gleichlautenden Antrag des Regierungsrates. Der Kantonsrat bewilligte am 6. Juli 2020 einen Nachtragskredit von 2,5 Millionen Franken für das Jahr 2020 sowie mit den Nachträgen zum Budget im Dezember 1,6 Millionen Franken für das Planjahr 2021. Die Ausgabe im Umfang von 700'000 Franken für das Planjahr 2022 ist im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) 2021–2024 nicht enthalten. Mit dem beantragten Kantonsratsbeschluss wird die Rechtsgrundlage für die Beitragsausrichtung geschaffen. Der Kanton Zürich ist mit 6,5 Millionen Logiernächten die grösste Tourismusregion der Schweiz.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

### **Vorstösse zu Volkswirtschaftsthemen**

In der verbleibenden Zeit wird der Kantonsrat am Montag Vorstösse zu verschiedenen Themen behandeln, welche die Volkswirtschaftsdirektion betreffen. Nicht diskutiert wird der Rat über die traktandierte Interpellation von Silvia Rigoni, mit der sie dem Regierungsrat verschiedene Fragen in Zusammenhang mit dem Modell-Normalarbeitsvertrag (NAV) gestellt hat ([KR-Nr. 142/2019](#)). Die Kantonsrätin der Grünen hat ihren Vorstoss zurückgezogen. SVP-Kantonsrat Lorenz Habicher ersucht den Regierungsrat mit einem Postulat darzulegen, wie die Grossbaustelle Limmattalbahn und die Erschliessung durch die dritte Phase des beschlossenen Wärmeverbundes koordiniert und die Belastungen des Zürcher Quartiers Altstetten durch tiefbauliche Tätigkeiten reduziert werden können ([KR-Nr. 152/2019](#)). Aus Sicht der Regierung werden die Anliegen des Postulanten bereits erfüllt. Sie beantragt deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Silvia Rigoni (Grüne, Zürich), 079 749 10 54  
Lorenz Habicher (SVP, Zürich), 079 346 09 94

### **Persönlich:**

Gleich zu Beginn der Sitzung steht die Wahl eines Mitglieds des Handelsgerichts an (KR-Nr. 38/2021). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten und die Wahl dürfte entsprechend wenig Zeit in Anspruch nehmen.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

*Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.*

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:  
Roman Schmid, Kantonsratspräsident, 079 581 88 00  
Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12

Parlamentdienste, Medienstelle, Hirschengraben 40, Postfach, 8090 Zürich  
Telefon: 043 259 20 12 – [ronny.nicolussi@pd.zh.ch](mailto:ronny.nicolussi@pd.zh.ch)